



© SONJA LAWIN

**Stadträtin Camilla Schuler und Gesine Löttsch vor dem Wunschbaum.** Seit dem 30. November steht im Jugendamt ein Baum geschmückt mit Kinderwünschen. Kommen Sie vorbei und pflücken Sie einen Stern, auf dem ein Kinderwunsch steht. Die Geschenkpaten erwerben das Geschenk und können es unverpackt in der Große-Leege-Straße 103 im Familienbüro abgeben. Dort werden sie liebevoll verpackt und der Verein „Schenk doch mal ein Lächeln e.V.“ verteilt sie in den ausgewählten Kitas.

Ich  
sag  
mal  
...



... so, das Urteil des Berliner Verfassungsgerichts, die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zur BVV zu wiederholen, wird Geschichte schreiben. Erstmals wird eine komplette Wahl verworfen. Zu vielschichtig waren die Pannen. Natürlich nehmen wir diese Herausforderung an.

Drei Monate Wahlkampf liegen nun vor uns, in denen wir uns täglich in den Kiezen zeigen werden, mit Infoständen und Besuchen an der Haustür, mit Veranstaltungen und Verteilaktionen. Gesicht zeigen – das sollte unsere selbstbewusste Devise sein, denn wir müssen uns ja nicht verstecken, im Gegenteil. Egal, ob es die Berliner Entlastungspakete sind, das Netzwerk der Wärme oder das Kündigungsmoratorium in den landeseigenen Wohnungsunternehmen, all das gibt es nur mit uns. Die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner will eine Politik, die dafür sorgt, dass wichtige Infrastrukturen im Gesundheits-, im Verkehrs-, im Energiebereich und vor allem im Wohnungswesen in öffentlicher Hand sind.

Klar ist aber auch: Eine breite Basis von Aktiven ist notwendig, um Erfolg zu haben, in Hohenschönhausen genauso wie am Fennpfuhl, in Friedrichsfelde oder Karlshorst. Lasst uns also gemeinsam rausgehen auf die winterlichen Straßen. Auf geht's.

HENDRIKJE KLEIN

*Le dige le*

ANTONIO LEONHARDT

## Wie weiter mit den steigenden Energiepreisen?

Der Sozial- und Energiegipfel der Fraktion DIE LINKE am 16. November stand im Zeichen der steigenden Energiepreise und der Rekordinflation der letzten Monate. Immer mehr Menschen haben immer weniger zum Leben. Energiearmut, die Angst vor der Nebenkostennachzahlung und der Dispo am Monatsende sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

In den Räumen des Vereins für aktive Vielfalt in Hohenschönhausen wurde in drei Fachgruppen mit Gästen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Verbänden und Einwohnerschaft diskutiert. Während sich viele der Probleme nur auf Bundesebene lösen

lassen, standen auf dem Gipfel die kommunalen Handlungsoptionen im Vordergrund. In den Arbeitsgruppen zu den Energiepreisen, dem neuen Bürgergeld und der Armut in Lichtenberg konnten jeweils konkrete Antragsideen und Themenschwerpunkte für unsere politische Arbeit gewonnen werden. In der von mir moderierten Arbeitsgruppe Energie zeigte sich die ganze Tragweite des Problems. Ob Krankenhaus, kleine Gewerbetreibende oder Seniorenvertretung – die bisherigen Finanzierungsmodelle und Projektmittel fangen die steigenden Energiepreise nicht auf. Hier bedarf es eines Ausgleichs für den Mehrbe-

darf und die Planungssicherheit für die nächsten Monate. Das geplante Netzwerk der Wärme wurde als erster wichtiger Schritt begrüßt.

Wichtig ist es nun, die Zuschüsse möglichst unbürokratisch und schnell fließen zu lassen. Es muss sichergestellt werden, dass alle Altersgruppen von den vielfältigen Angeboten erfahren und zur Teilnahme ermuntert werden. Hierzu gehören neben Informationsangeboten im Internet auch Flyer an wichtigen Orten des Bezirks. Nach den langen Corona-Wintern brauchen viele Menschen nun Wärme und Gemeinschaft.

### Ehrennadel

Zwei Lichtenberger wurden für Ihr Engagement geehrt.



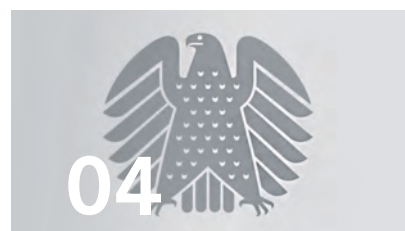
### Wohnungsfragen

Unterwegs mit dem Kiezteam „Deutsche Wohnen & Co enteignen“.



### Krisenverwalter

Wo die Bundesregierung ihre Prioritäten setzt.



### Wahlwiederholung

Ihre Unterstützung ist gefragt.





## KURZ GEMELDET

VERBLOCKTER  
INNENHOF

Die Baugenehmigung für das Bauvorhaben der HOWOGE im Innenhof Gotlindestraße, Plonzstraße, Schottstraße ist erteilt. Dies berichtet die Leiterin des Büros der HOWOGE-Geschäftsführung und Pressesprecherin Sabine Pentrop auf Anfrage dieser Zeitung. Unbeantwortet bleiben die zahlreichen fachlichen und von Anwohnerinnen und Anwohnern kompetent vorgebrachten Einwände. Zwielfichtig bleiben auch die Mechanismen der sozialdemokratisch geführten bezirklichen und Senatsverwaltungen. Deshalb sind derzeit noch auf mehreren politischen Ebenen Interventionen im Gange.

EHRENAMTLICH  
RICHTEN

Bis zum 30. Dezember dieses Jahres können sich in Berlin wohnhafte und das Wahlrecht besitzende Interessierte, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, als ehrenamtliche Richterinnen und Richter bei der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg, Möllendorffstraße 6, 10360 Berlin bewerben. § 20-22 und 186 der Verwaltungsgerichtsordnung bestimmen die Zugangsberechtigung, von der z.B. im öffentlichen Dienst Beschäftigte ausgeschlossen sind. Die auf 5 Jahre Gewählten wirken u.a. in mündlichen Verhandlungen, bei anschließenden Beratungen und Entscheidungen mit.

SIEBEN  
TIERPARKSIEGER

Im Dezember vor 20 Jahren wurde von Rainer Bosse, Kirsten Bosse, Dr. Gesine Löttsch, Christel Schmel, Manfred Klunker, Dr. Monika Ihme und Dr. Bernd Ihme der dauerhafte Erhalt des Tierparks Friedrichsfelde eingeleitet. Am 5. Januar 2003 hatten bereits 14.615 Lichtenbergerinnen und Lichtenberger das von den sieben Tierparkfreunden gestartete Bürgerbegehren zum Erhalt der Zuschüsse für den Zoologischen Garten und den Tierpark unterzeichnet. Mit dem im März 2003 vom Bezirkswahlamt schließlich anerkannten 30.810 von 48.636 eingegangenen Unterschriften war das Quorum von 10% der Wahlberechtigten überboten, das den Senat zur endgültigen Sicherung des Tierparks zwang.

JOACHIM PAMPEL

Empathie, Geduld, Herzenswärme –  
Ehrung fürs Ehrenamt

„Wie geht es deinen Eltern?“ Jedes Mal, wenn wir uns sehen, ist dies eine der ersten Fragen. Und wenn man seit vielen Jahrzehnten in derselben Partei ist, sieht man sich häufiger. Seit 1980 kenne ich Klaus Meißner nun schon. Wir haben in einem Haus gewohnt, haben Hausfeste gefeiert, Sträucher und Bäume gepflanzt. Klaus wohnt noch immer in demselben Elf-Geschosser. Damals die Straße der Befreiung, heute heißt sie Alt-Friedrichsfelde. Und bei jeder Begegnung berichtet er, wer noch von „uns Alten“ im Haus wohnt. Ich genieße es.

Am 8. November 2022 wurde Klaus Meißner von der Staatssekretärin für Integration und Soziales, Wenke Christoph (DIE LINKE), mit der Berliner Ehrennadel ausgezeichnet. Alljährlich wird die Ehrennadel an 24 Berliner Bürger:innen für besonderes Engagement verliehen. In diesem Jahr haben mit Klaus Meißner und André Müller auch zwei Lichtenberger diese Ehrung erhalten.

Als ich zu der Verleihung ins Rote Rathaus fuhr, habe ich mich gefragt, was wissen wir eigentlich über die Menschen, die wir seit Jahren kennen. Ich wusste zum Beispiel nicht, dass Klaus seit 2004 als ehrenamtlicher



Klaus Meißner (l.) und André Müller (r.) wurden von Staatssekretärin Wenke Christoph mit der Berliner Ehrennadel ausgezeichnet. Bürgermeister Michael Grunst war einer der ersten Gratulanten.

Sterbebegleiter beim ambulanten Malteser Hospiz- und Palliativberatungsdienst Menschen in den letzten Lebenstagen mit Empathie, Geduld und Herzenswärme begleitet. Tags, aber auch in der Nacht Gespräche führt, bei Spaziergängen und beim Vorlesen an ihrer Seite ist, den Angehörigen in schweren Stunden beisteht.

André Müller ist als stellvertretender Landesvorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) aktiv. Mit seinem Engagement in der Kinder-

und Jugendarbeit, in der Lebensrettung und im Katastrophenschutz nimmt er für Jung und Alt eine Vorbildfunktion ein. Mehr als 70 Stunden im Monat setzte er sich vor allem im Wasserrettungsdienst und als Trainer in der Schwimm- und Rettungsschwimmausbildung ein.

Beide stehen beispielhaft für das großartige ehrenamtliche Engagement in Lichtenberg. Respekt, Danke und herzlichen Glückwunsch zur Auszeichnung!  
MICHAEL GRUNST

## Die Kiez-Weihnachtsmärkte in Ihrer Nähe

Mit dem ersten Schnee kam doch tatsächlich so etwas wie Weihnachtsstimmung in diesem turbulenten und krisendurchsetzten Jahr auf. Und ja, mit dem ersten Riechen des wabernen Duftes aus Zimt, Vanille, Tannen-

zweigen und Weihnachtsgewürzen, gebrannten Mandeln und Lebkuchen, kommt man direkt wieder in Stimmung und summt fröhlich die (noch nicht nervenden) Weihnachtshits mit. Weihnachten ist bei allem Kommerz

auch immer noch die Zeit des Friedens und der Solidarität miteinander.

Gelebt wird das über den ganzen Bezirk verteilt, wenn sich kleine Vereine, Stadtteilkoordinationen oder Nachbarschaftshäuser dem besinnlichen Zusammenkommen mit Freunden und Familie, Nachbarinnen und Nachbarn widmen und kleine Weihnachtsmärkte veranstalten. An den Ständen bieten gemeinnützige Organisationen, Schulen und weitere Einrichtungen selbstgemachte Klein Kunstwerke, Kinderspielzeug und frisch gebackene Weihnachtsleckereien zum Verkauf an. Für das leibliche Wohl gibt es meist Gegrilltes und Glühwein. Wir haben eine Liste mit allen uns bekannten weihnachtlichen Angeboten erstellt, die Sie auf unserer Website [www.die-linke-lichtenberg.de](http://www.die-linke-lichtenberg.de) einsehen können. Wir freuen uns, Sie bei der einen oder anderen Gelegenheit zu treffen und bei idyllischer Atmosphäre ins Gespräch zu kommen.

TONI KRAUS





# Ich will ein ganz normales Klo

„Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ unterwegs im Weitlingkiez – im Gespräch mit betroffenen Mieter:innen | Von Alexander Roßmann



Etwa 100 Menschen demonstrierten am 11. November in Lichtenberg für die Umsetzung des Volksentscheids.

Mit lila-gelben Laternen versammelten sich am Abend des 11. November etwa 100 Menschen vor dem Bahnhof Lichtenberg, um gegen steigende Mieten und für die Umsetzung des Volksentscheides zur Vergesellschaftung großer Berliner Immobilienkonzerne zu demonstrieren. Zur Kundgebung aufgerufen hatte das Kiezteam der Initiative „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“. Anwohnende und von Verdrängung bedrohte Menschen konnten unterwegs ihre persönlichen Erlebnisse schildern. Vertreter:innen der lokalen Politik hatten darüber Auskunft gegeben, was sie in ihren Gremien gegen mieterfeindliche Unternehmenspraktiken tun.

■ **Kein Durchgangsverkehr im Kiez** Auch die Wohnqualität im Weitlingkiez wird zum Thema gemacht. Beim Zwischenstopp auf einer Kreuzung macht die Kiezblock-Initiative Weitlingkiez auf Probleme aufmerksam, die durch den Autoverkehr entstehen. Daher hatte man vor Ort über 1 000 Unterschriften gesammelt, um den Durchgangsverkehr im Kiez zu unterbinden, der Verkehrsausschuss der Lichtenberger BVV hat das Konzept mittlerweile gebilligt. Gesine Lötzs

unterstützte das Ansinnen vor Ort: „Wir als Linke sagen schon immer: Öffentlicher Raum muss öffentlich sein“, dasselbe gelte für Grund und Boden, der, wenn überhaupt, nur in Erbpacht vergeben werden solle.

## ■ Wohnungen verfallen

In der Metastraße wird dann besonders deutlich, warum die bestehenden Gesetze nicht ausreichen und eine Vergesellschaftung von Wohnungsunternehmen dringend notwendig ist. Hier hatte die Deutsche Wohnen vor mehr als zehn Jahren 150 Sozialwohnungen der GSW aufgekauft. Diese lässt man nun durch mangelnde Investitionen verfallen. Kein Wunder, denn nach offiziellen Zahlen investiert die Deutsche Wohnen nur 4 % ihrer Einnahmen in die Instandhaltung. Bei der landeseigenen Degewo sind es dagegen 17 %. Der Differenzbetrag dürfte bei den Privaten an die Aktionäre ausgeschüttet werden.

## ■ Jahrelanger Leerstand

Wenn Mieter:innen ausziehen oder versterben, stehen die Wohnungen zum Teil viele Jahre leer. Das Bezirksamt nutzt seine Möglichkeiten, gegen Leerstand und Zweckentfremdung vorzugehen, offensichtlich nicht. Statt-

dessen will man nun im Gespräch mit der Deutschen Wohnen ein Sanierungskonzept abstimmen, um wenigstens die Ziele des Milieuschutzes einzuhalten. Dass dies nicht zum Erfolg beim Mieter:innenschutz führen muss, machen die Gebäude gegenüber deutlich. Auch diese gehören der Deutschen Wohnen, wurden aber bereits 2012 umfassend modernisiert. Die Miete der Einwohnenden verdoppelte sich teilweise! Ein betroffener Mieter ergreift hier das Mikro: Er habe sich nicht nur jahrelang erfolgreich gegen die Mieterhöhung gewehrt, sondern auch Aktien seiner Wohnungsgesellschaft erworben. Dies gab ihm das Recht an Aktionärsversammlungen teilzunehmen und dort seinem Ärger über die Konzernpolitik Luft zu machen.

## ■ Kommunales Vorkaufsrecht für Wohnungen

Doch für die meisten Betroffenen ist dieser Schritt keine Option. Denn wenn die Miete von 250 auf 600 Euro erhöht wird, wie ein weiterer Anwohner berichtet, dann sind nicht nur Aktienkäufe außer Reichweite, sondern möglicherweise auch viele kleinere Anschaffungen. Am Münsterlandplatz durften Parteivertreter

von Linken und Grünen das Wort an die Demonstrierenden richten. Als Mitglied im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mieter:innenschutz betone ich, wie wichtig die Umsetzung des Volksentscheides, aber auch die Rückkehr des Vorkaufsrechts und die Umsetzung des Zweckentfremdungsverbotes sind.

Das kommunale Vorkaufsrecht, das in Milieuschutzgebieten zum Einsatz gekommen war, um Häuser aus dem privaten Wohnungsmarkt in gemeinwohlorientierte Besitzverhältnisse zu überführen, war vor einem Jahr von einem Gericht gekippt worden. Eine Gesetzesnovelle, die das Vorkaufsrecht wieder legalisieren könnte, ist von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart, aber auf Druck der FDP bisher nicht umgesetzt worden.

Zu guter Letzt berichtet Melle aus dem Lichtenberger Kiezteam von „Deutsche Wohnen & Co. enteignen“ über ihre eigenen Erfahrungen mit der ungeliebten Vermieterin. Die Sanierung ihrer Wohnung mit hochpreisigen, wohnwerterhöhenden Accessoires braucht sie nicht: „Ich möchte kein wandhängendes WC. Ich will ein ganz normales Klo“!



## Wirtschaftsweise plädieren für Besteuerung von Reichen

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, besser bekannt als „die fünf Wirtschaftsweisen“, rät der Bundesregierung, aufgrund der aktuellen Krisen Reiche stärker in die Verantwortung zu ziehen. Sie schlagen die Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder eine Energie-Soli-Abgabe für Menschen mit hohen Einkommen vor. Vom konservativen Gremium war ein solcher, wenn auch vorsichtiger, progressiver Vorstoß nicht zu erwarten. Bei Finanzminister Lindner stößt der Vorschlag auf taube Ohren. Wie er die kommenden Herausforderungen ohne Steuererhöhungen und unter Einhaltung der Schuldenbremse bewältigen will, bleibt ein Rätsel.

## Die Ärmsten gegen die Schwächsten

Das geplante Bürgergeld der Bundesregierung ist vorerst gescheitert. Im Bundesrat stimmten die unionsgeführten Bundesländer gegen das Gesetz. Die Kampagne von CDU und CSU zeichnet ein Bild der faulen Arbeitslosen, welche sich in der sozialen Hängematte ausruhen, während die Arbeitenden kaum mehr verdienen. Das ist nicht nur unsinnig, sondern in der aktuellen Lage verantwortungslos. DIE LINKE strebt eine Überwindung der unmenschlichen Hartz-IV-Gesetzgebung an und sieht erheblich größeren Reformbedarf. Allerdings wird sie diese kleinen Verbesserungen nicht blockieren und nun im Vermittlungsausschuss weitere konstruktive Vorschläge einbringen.

## Fass ohne Boden

Der Bundesrechnungshof rügt die Mittelvergabe für den Wiederaufbau der Potsdamer Garniskirche. Mehrere Bundesbehörden haben bei der Finanzierung des Wiederaufbaus der Kirche gegen „wesentliche Haushaltsbestimmungen“ verstoßen. Das Projekt wurde vom Bund 2014 mit einem Festbetrag von 12 Millionen Euro unterstützt. Mittlerweile beläuft sich die Fördersumme auf über 24 Millionen Euro. Der Rechnungshof spricht von einer fatalen Bewilligungsspirale. Dr. Gesine Löttsch kommentiert: „Der Wiederaufbau der Garniskirche ist eine dauernde historische und finanzpolitische Skandalgeschichte“.

MAX GALLE

# Die Krisenverwalter

Wir erleben eine explosive Mischung von Krisen: die Energie-Krise, die Klima-Krise, die Corona-Krise und zahlreiche Kriege. Alle Krisen treffen arme Menschen besonders hart. Die Lebensmittelpreise waren im Oktober 20,3% höher als im Oktober 2021. Die 50 Euro mehr Bürgergeld reichen nicht aus, um die Inflationsverluste auszugleichen. Auch die Mittelschicht leidet unter den zunehmenden Krisenlasten. Der Realeinkommensverlust in dieser Krise beträgt bisher 110 Mrd. Euro. Das ist der höchste Realeinkommensverlust seit Ende der 1970er Jahre.

Im Kampf gegen diese Krisen fordern wir eine gerechte Steuerreform, die vor allem große Vermögen stärker besteuert. Wir brauchen eine Vermögensabgabe und eine Übergewinnsteuer. Die Besteuerung der Zufallsgewinne der Stromerzeuger reicht nicht aus. Die Bundesregierung rechnet mit Einnahmen von max. 30 Mrd. Euro. Bis heute ist nicht klar, ob diese Steuer überhaupt kommen wird. Eine Übergewinnsteuer würde nach Berechnungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung 100 Mrd. einbringen.

Wir unterstützen den Vorschlag des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der die Bundesregierung auffordert, Steuern für Besserverdienende zu erhöhen, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Das lehnt Lindner ab.

Die Bundesregierung schafft lieber ein Sondervermögen von 200 Mrd. Euro, um die Gas- und Strompreis-

bremse zu finanzieren. Die Bremse wird insbesondere den 40% der Menschen nicht helfen, die am Ende des Monats keinen Cent mehr übrig haben, um die gestiegenen Preise zu bezahlen.

Auffällig ist, dass die Ampel bei bestimmten Projekten ohne große Kontrolle auf Grün schaltet und bei anderen Projekten die Ampel dauerhaft auf Rot steht. Die unsinnige Aktienrente der FDP wurde im Eilverfahren beschlossen, die Kindergrundsicherung soll aber erst zum Ende der Legislaturperiode kommen. Das sagt viel über die Prioritäten der Bundesregierung aus.

Die Rüstungslobbyisten und die CDU/CSU beklagen im Chor, dass die Bundeswehr nicht genug Geld bekomme. Der Bundesrechnungshof (BRH) hat vorgerechnet, dass der Bundeswehretat von 2014 bis 2022 um 56% gestiegen ist. Der schlechte Zustand der Bundeswehr lässt sich also nur auf eine Weise erklären: Das Geld ist bei der Rüstungsindustrie gelandet. Die Bundeswehr lässt sich regelmäßig von der Rüstungsindustrie über den Tisch ziehen. Offensichtlich sind die 100 Mrd. Euro Sondervermögen für die Bundeswehr nur als Anschubfinanzierung gedacht. Die Ampel will 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Aufrüstung ausgeben. Das wären dann über 80 Mrd. Euro pro Jahr für die Bundeswehr.

Mit diesem Bundeshaushalt werden wir die Krisen nicht lösen. Die Ampel wird weiterhin die Krisen nur verwalten.

GESINE LÖTZSCH



**Am 18. November** fand der bundesweite Vorlesetag statt. Gesine las in der Kita Krokofant aus dem Märchen „Die Hexe Baba Jaga“ vor.

# 53

ZAHL DES MONATS

Es sei die größte Sozialreform seit 20 Jahren, ein Systemwechsel, der zu mehr „Respekt“ und „Zusammenhalt“ führe. Gemeint ist das neue Bürgergeld, das „Hartz IV“ ablösen soll.

Hörbar ist vor allem die Empörung über die neuen „Privilegien“, die von Arbeitgeberseite und ihren Lobbyisten lautstark vorgetragen wird. Der Armutsforscher Prof. Butterwegge bezeichnet diese Stoßrichtung als „Sozialneid nach unten“. Geschürt wird er von einer massiven Pressekampagne: „Nicht-Arbeiten lohnt mehr als Arbeiten!“ „Eine Verhöhnung der Arbeit!“ Die Menschen werden fortan „aus dem Fenster heizen“. Der Popanz von unangetastetem Vermögen im sechststelligen Bereich, einer vermeintlichen Sanktionsfreiheit und der Übernahme der vollen Heizkosten wurde systematisch aufgebaut, um vom eigentlichen Problem abzulenken: Die Regelsätze bleiben nach wie vor auf Armutsniveau. Ganz abgesehen von dem Menschenbild, das sich hier äußert: Eine „Schonzeit“ kennt man sonst nur von Wildtieren – auch Rotwild darf 6 Monate nicht gejagt werden. Und dass eine vollständige Übernahme „immer dazu ein[lädt], dass man dann die Heizung aufdreht und das Fenster aufmacht“, behauptete Wirtschaftsminister Habeck (Grüne) schon vor einem Jahr. Dass grotesker Reichtum dazu viel eher verleitet, erwähnt er nicht.

Die Regelsätze werden seit Jahren nicht korrekt ermittelt und sichern das sozio-kulturelle Existenzminimum nicht. Daran ändern 53€ nichts. Im Gegenteil: Eine Inflation von 20,3% bei Lebensmitteln frisst sie fast doppelt auf.

TINKO HEMPEL

## SPRECHSTUNDE

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

■ Wahlkreisbüro, Zingster Straße 12, 13051 Berlin

■ Bürgersprechstunde mit Dr. Gesine Löttsch:

**Dienstag, 6.12., 17 Uhr**

**Anmeldung unter:**

Telefon 99 27 07 25 oder [gesine.loetzsch@bundestag.de](mailto:gesine.loetzsch@bundestag.de)





## KOMMENTAR



### Hofbericht- erstattung

Vielleicht erinnern Sie sich noch an den Fall Emmely? Die Kassiererin wurde wegen zwei Pfandbons im Wert von 1,30 Euro fristlos gekündigt. Ihr Vergehen: Die Bons waren liegengeblieben, und sie hatte sie eingelöst. Während eine Summe von 1,30 Euro zu einer fristlosen Kündigung nach 21 Jahren Betriebszugehörigkeit führte, bleiben circa 40 Millionen Euro Schaden für die Staatskasse folgenlos.

So viel kostet nämlich die Wiederholungswahl in Berlin, für die der damalige Innensenator und heutige Bausenator Geisel die politische Verantwortung trägt. Die Regierende Bürgermeisterin – sie selbst musste nach Plagiatsvorwürfen ihren Dokortitel abgeben – stellt sich dabei noch hinter ihren Senator, von dem wie von einer Teflonpfanne alle Vorwürfe abperlen. Im Unterschied zu Emmely darf er nicht nur weiterarbeiten, sondern kassiert auch künftig ein üppiges sechsstelliges Jahresgehalt. Die mangelnde Integrität der Franziska Giffey hat ihre Partei nicht davon abgehalten, sie zur Spitzenkandidatin für das Amt der Bürgermeisterin zu machen. Kein Wunder, dass Giffey die Verfehlungen ihres Senators angesichts ihres eigenen zerkratzten Images relativiert. Doch auch auf kommunaler Ebene ist in der vergangenen Sitzung der BVV deutlich geworden: Demokratie leidet unter mangelnder Verantwortung zuständiger Politiker. In diesem Fall ist sich der SPD-Baustadtrat Hönicke keiner Schuld bewusst, dass ein sechs Jahre andauernder Bebauungsplan am Ende wegen Fehlern nicht beschlossen werden kann. Das führt dazu, dass die grünen Ilsehöfe in Karlshorst nun doch bebaut werden können. Inszenierungen und Täuschungen des Stadtrates lassen vermuten, dass der B-Plan absichtlich verschleppt wurde. Zu Recht sind die Aktivist:innen der Bürgerinitiative „Rettet den Ilsekiez“ maßlos enttäuscht. (Lesen Sie dazu auch Seite 3.)

NORMAN WOLF

## Ein Blick zurück – ein Blick nach vorn

Im September 2021 ist DIE LINKE ein weiteres Mal als stärkste Fraktion in die Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung eingezogen. Über 100 Anträge haben wir seit dieser Zeit in die BVV eingebracht, zahlreiche Anfragen gestellt, viele Themen bearbeitet. Wohnungsbau, Schulsanierungen, Klimaschutz, Verkehrssicherheit gehörten ebenso dazu wie Vogeltränken, Mülleimer in Parks oder öffentliche Fitnessgeräte.

Und wir haben uns Schwerpunkte gesetzt. Im April dieses Jahres luden wir zu einem Initiativengipfel ein. Vertreter aus 17 Initiativen diskutierten mit uns gemeinsam in drei Arbeitsgruppen über die Themen Stadtentwicklung und Wohnen, Verkehr, Innenhöfe und Kleingärten. Zusammengefasst finden sich die Ergebnisse des Gipfels in einer Broschüre ([www.linksfraktion-lichtenberg.de](http://www.linksfraktion-lichtenberg.de)).

Ganz frisch sind noch die Eindrücke von unserem Energie- und Sozialgipfel Mitte November 2022. Auch hier kamen drei Arbeitsgruppen zueinander, die unter folgenden Titeln standen: „Steigende Energiepreise und Lebenshaltungskosten – heißer Herbst und kalter Winter“, „Aus Hartz IV wird Bürgergeld – Probleme und Chancen“, „Armut in Lichtenberg – Maßnahmen und Gegenstrategien“. Zu unserer großen Freude konnten wir viele kompetente Gäste begrüßen. So erfuhren wir zum Beispiel, welche Fol-

gen die Energiekrise für Krankenhäuser, Kleingewerbe, soziale Einrichtungen und ältere Menschen hat. Klar wurde in der Diskussion, unter anderem mit dem Geschäftsführer des Lichtenberger Jobcenters und einem Vertreter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, das neue Bürgergeld wird – trotz einiger guter Ansätze – die Verarmung nicht stoppen, weil damit Hartz IV nicht abgeschafft, sondern bestenfalls abgemildert ist. Erschreckend war die Schilderung der vielen Gesichter von Armut. Kita-Erzieherinnen berichteten zum Beispiel über die Auswirkungen der Pandemie – gerade in Familien mit niedrigen Einkommen – auf die Zahngesundheit und Körperhygiene von Kindern. Ältere Menschen gehen, so eines der Beispiele, mit der Volkssolidarität wandern, haben aber kein Geld für den Kaffee danach und erfinden Ausreden aus Scham über die eigene Armut.

Vieles haben wir von diesem Gipfel mitgenommen: wichtige Informationen, gute Anregungen und Vorschläge, konkrete Aufträge für die Arbeit unserer Fraktion. Vieles davon wird sich in unserer weiteren parlamentarischen Arbeit wiederfinden. Und wir werden darüber berichten. Unter anderem in einer nächsten Broschüre, diesmal über die Ergebnisse des Energie- und Sozialgipfels.

TATJANA BEHREND



## Politischer Austausch auf Lichtenberger Jugend-BVV

Am 18. Oktober fand die 2. Lichtenberger Jugend-BVV statt. Schülerinnen und Schüler aus neun verschiedenen Schulen trafen sich mit zehn Kommunalpolitiker:innen der Erwachsenen-BVV zum politischen Austausch im Rathaus. Genutzt haben wir die Barcamp-Methode. Schüler:innen kommen mit Themen aus ihrem Umfeld, die sie dringend verändern wollen, stellen diese selbstständig vor und diskutieren mit den anwesenden Politiker:innen über Wichtigkeit und Umsetzbarkeit im Bezirk.

Danach werden in einem Plenum verbindliche Vereinbarungen getroffen, wie mit den Schwerpunkten weiter verfahren wird. Jede Schule konnte zwei Schülerinnen und Schüler delegieren, die mit den wichtigsten Verbesserungsideen der Schule oder des Kiezes ausgestattet waren. Themen wie Verkehrsberuhigung, geän-

derte Umsteigezeiten von Buslinien, gesünderes Essen, bessere Reinigung der Schulen, Gewaltprävention und Mitbestimmung über Finanzen in Schulen wurden hier aufgerufen und zeigen, wie vielfältig und unterschiedlich die Gewichtung an den Schulen ist. Eine solche Veranstaltung zeigt, wie nah junge Menschen an politischen Themen sind. Es ist richtig und besonders wichtig, sie frühzeitig mit einzubeziehen. Auch wir Erwachsenen müssen lernen, unseren Blick zu verändern und den Weg des „das war schon immer so“ mal zu verlassen. Wie geht es weiter? Die Politiker:innen werden die Themen mit in die Erwachsenen-BVV nehmen, um dort in verschiedenen Ausschüssen dafür zu sorgen, die Ideen, Wünsche und Vorschläge der jungen Lichtenberger:innen umzusetzen.

CAMILLA SCHULER



## Partnerschaft mit tiefen Wurzeln

Der Bezirk Lichtenberg pflegt mit sieben Gemeinden und Stadtbezirken auf drei Kontinenten Partnerschaften im Sinne der Völkerverständigung. Im Alltag dürften die meisten Menschen im Bezirk jedoch wenig vom interkulturellen Engagement der Verwaltung mitbekommen. Dabei gibt es durchaus bemerkenswerte Aktionen, die Aufmerksamkeit verdienen.

Hierzu zählt die Pflanzung mehrerer Bäume im Stadtpark mit Vertreterinnen aus den Partnergemeinden. Im Jahr 2017 brachte das Bezirksamt den ersten Baum mit Vertretern aus Hoan Kiem, dem zentralen Bezirk der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi, in die Lichtenberger Erde ein. In diesem Sommer folgten zwei weitere Pflanzungen: Kamubukwana, Stadtteil von Mosambiks Hauptstadt

Maputo, ist nun ebenso mit einem Baum vertreten wie Jurbarkas, eine litauische Kleinstadt an der Grenze zur russischen Oblast Kaliningrad. Auch Kaliningrad selbst ist übrigens Partnerstadt von Lichtenberg, wegen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine liegt diese jedoch derzeit auf Eis. Bleibt zu hoffen, dass auch Kaliningrad künftig mit einem Baum vertreten sein wird, wenn in Europa wieder Frieden herrscht.

Die Linksfraktion hat in der BVV beantragt, künftig in angemessener Weise auf die Städtepartnerschafts-Bäume aufmerksam zu machen, um die Menschen in Lichtenberg auf diese schönen Symbole der internationalen Verständigung hinzuweisen.

ALEXANDER ROSSMANN



**Noch unauffällig, aber bedeutungsvoll:** Diese jungen Bäume wurden mit Lichtenbergs Partnergemeinden gepflanzt.

## Buddhistische Pagode erhalten

Über viele Jahre hat sich im Norden unseres Bezirks, im Großhandelszentrum Pacific-Center in der Marzahner Straße, eine buddhistische Pagode etabliert. Lange schien das niemanden zu stören, bis im Herbst dieses Jahres Stadtrat Kevin Hönicke (SPD) die jahrelange Duldung aufhob und der Gemeinde plötzlich eine Abrissverfügung drohte.

Die Aufregung im Bezirk war groß, und der zuständige Stadtrat versuchte, sich durch Schuldzuweisungen an den Senat und insbesondere den linken Kultursenator zu entlasten. Doch entgegen den Behauptungen des Baustadtrats war der Bestand der Pagode nie von einer Einordnung des Buddhismus als „kirchliche Einrichtung“ oder Religion durch den Senat abhängig. Baubehörden und Verwal-

tungsgerichte in ganz Deutschland haben in ähnlichen Fällen Pagoden jedenfalls als „kulturelle Einrichtungen“ im Sinne der Baunutzungsverordnung auch in Gewerbegebieten für genehmigungsfähig gehalten. Zu Gunsten der baurechtlichen Zulässigkeit fällt schließlich auch die Religionsfreiheit der Gemeinde ins Gewicht. Ein Umzug der Pagode ist keine Option, dies widerspricht dem buddhistischen Totenkult.

DIE LINKE hat sich nun mit einem Antrag in der BVV für eine Fortsetzung der Duldung und spätere Legalisierung eingesetzt. Es liegt jetzt am zuständigen Stadtrat, den politischen Willen der BVV rechtssicher umzusetzen und seine Blockadehaltung aufzugeben.

ANTONIO LEONHARDT



**Im Großhandelszentrum Pacific-Center** befindet sich eine buddhistische Pagode.



## Erster Queer-Preis in Lichtenberg vergeben

Mit großer Freude haben wir als Fraktion DIE LINKE an der Preisverleihung des ersten Queer-Preises in Lichtenberg teilgenommen, der anlässlich des Coming-Out-Days am 11. Oktober 2022 im Theater an der Parkaue vergeben wurde. Die Preisträger:innen LesbenLebenFamilie (LesLeFam) e. V. erhielt den Preis als Würdigung für besonderes Engagement für die queere Community in Lichtenberg.

Seit vielen Jahren vertritt LesLeFam die Interessen von lesbischen und queeren Frauen. Ob mit Beratungs- und Hilfsangeboten, dem Regenbogenfamilienzentrum oder der Lichtenberger Frauenwoche, LesLeFam ist eine wichtige Anlaufstelle für die queere Community und unterschiedliche Familienformen nicht nur in Lichten-

berg, sondern auch darüber hinaus. Wir freuen uns sehr, dass die Vereinsvorsitzende Constanze Körner und ihre Mitstreiter:innen für ihr Engagement den ersten Lichtenberger Queer-Preis erhalten haben.

Auch im nächsten Jahr wird im Zuge des Coming-Out-Days der Lichtenberger Queer-Preis wieder vergeben, und Vorschläge können bis zum 31. Juli 2023 bei der Diversity- und Queerbeauftragten des Bezirksamtes Lichtenberg, Sabine Pöhl, eingereicht werden.

Für das Engagement von Sabine Pöhl und der AG Queer Lichtenberg, die ebenfalls zu den Nominierten für den Queer-Preis zählten, und die Veranstaltung möchten wir uns ebenfalls herzlich bedanken.

ANTJE SCHIWATSCHEV



Constanze Körner, (1. Reihe, 4. von rechts) und ihre Mitstreiter:innen erhielten den Queer-Preis.

## Erinnern gegen das Vergessen



Mitglieder der Fraktion gedenken zusammen mit Bürgermeister Michael Grunzt und Gesine Löttsch der Novemberpogrome 1938.

Am 9. November trafen sich Mitglieder unserer Fraktion sowie unser Bezirksbürgermeister Michael Grunzt und unsere Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch anlässlich des Gedenkens an die Novemberpogrome 1938 am Gedenkstein in Hohenschönhausen. Dort, in der Konrad-Wolf-Straße 92, stand einst die 1934 geweihte Synagoge der jüdischen Gemeinde in Hohenschönhausen. Mit den Novemberpogromen und der Zerstörung zahlreicher jüdischer Einrichtungen sowie der darauffolgenden Deportation aller Gemeindemitglieder endete das jüdische Leben in Hohenschönhausen. Bis heute hat sich keine neue Gemeinde hier gegründet.

Warum das Gedenken auch heute aktueller denn je ist, zeigen nicht zuletzt die Zahlen des Lichtenberger Re-

gisters. Diese haben im vergangenen Jahr 523 Meldungen rechter Vorfälle in Lichtenberg gezählt. Dies bedeutet einen deutlichen Anstieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (421 Fälle). Gleichzeitig sitzt eine rechte Partei in vielen Parlamenten Deutschlands und verbreitet menschenverachtendes, rassistisches und antisemitisches Gedankengut. Dass dieser Hass bereits in Taten umgesetzt wird, zeigen nicht zuletzt die Anschläge der vergangenen Jahre wie z. B. in Halle oder Hanau.

Ein mahnendes Erinnern gibt uns deswegen auch heute noch die Weisung, sich gegen jedwede Form rechter Gewalt zu stellen und immer wieder gegen das Vergessen zu erinnern.

SAMANTHA KLUG

## Bebauung der Ilsehöfe verhindern

Vor sechs Jahren war ich dabei, als sich die Bürgerinitiative „Rettet den Ilsekiez“ gegründet hat, um gegen die Bebauung ihrer Höfe durch die HOWOGE vorzugehen.

Sechs Jahre später trafen wir uns wie so oft erneut an der Tischtennisplatte. Denn der zuständige SPD-Stadtrat hatte zuvor in der BVV verkündet, dass der sechs Jahre andauernde Bebauungsplan zum Schutz der grünen Innenhöfe nicht festgesetzt werden kann. Dabei fabrizierte er ein filmreifes Schauspiel und wies die Schuld dafür der Senatsumweltverwaltung zu.

Angeblieh behindere nun eine Fahrradstraße den Beschluss des B-Plans. Schon am nächsten Tag stellte sich heraus, dass die Umweltverwaltung ihre Bedenken zum Schutz der Höfe zurückstellen würde. Die Schuldzuweisung platzte, und so musste der Stadtrat zerknirscht zugeben, dass die Fehler seiner Verwaltung bereits 2019 von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung bemängelt worden waren. In den drei Jahren danach tat man aber nichts, um sie zu beheben.

Allein der Bausenator Geisel hätte die Bedenken noch zurückstellen können, was bisher aber nicht geschah. Im Gegenteil: Er ist gegen den Schutz der grünen Höfe. Jahrelanges Bürgerengagement wird so mit einem Federstrich des Bausenators begraben. Und so könnte nun ab dem 8. Dezember theoretisch gebaut werden, wenn

die sogenannte „Veränderungssperre“ abläuft.

Unsere Fraktion hat das Thema im Abgeordnetenhaus für die Koalitionsrunde angemeldet. Es braucht jetzt schnell eine Gesellschafteranweisung des Senats an die HOWOGE, dass die Höfe nicht bebaut werden dürfen. Dafür werden wir uns in den nächsten Wochen weiterhin einsetzen. Das letzte Wort ist noch nicht gesprochen!

NORMAN WOLF



Die rbb Abendschau berichtete über den Ilsekiez. Norman Wolf antwortet auf die Fragen von Uli Zelle.



# Nicht nur der Marktlogik folgen – Kay Lejcko



© PRIVAT

**Kay Lejcko**

Seit dem 1. Januar 2022 ist Kay Lejcko Geschäftsführer der Lichtenberger Linksfraktion. Er hat sich gut eingearbeitet, und die Fraktionsmitglieder haben ihn in den wenigen Monaten bereits schätzen gelernt. Es ist nicht nur seine ruhige Art, sondern auch seine Sachkompetenz, die er in den vergangenen Monaten unter Beweis gestellt hat. Erfahrungen für diese Arbeit hat Kay im Landtag von Hessen und im Bundestag gesammelt. Kay Lejcko stammt aus Mittelhessen, wo er 1978 geboren wurde. Sein Elternhaus beschreibt er eher als unpolitisch. Das Interesse für Politik wurde in der Schule geweckt, besonders das Fach Gesellschaftskunde hatte es ihm angetan. Nach dem Abitur absolvierte er ein Studium der Politikwissenschaft in Jena und Frankfurt/Main, das er 2008 als Magister abschloss. Noch während des Studiums fühlte sich Kay mit der SPD politisch verbunden. Doch die Einführung der Hartz IV-Gesetze 2005 und spätere eigene Erfahrungen mit diesen Maßnahmen ließen ihn an dem politischen Kurs der Partei zweifeln. Kay erzählt von seiner Teilnahme an den Protesten der Studierenden gegen die Einführung der Studiengebühren in Hessen. Seine politische Heimat fand er dann 2005

in der WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative). Im Juli 2005 nahm er an der Gründung der WASG im Kreis Bergstraße-Südheßen teil und wurde sofort in den Kreisvorstand gewählt. Kay erinnert sich an eine Aufbruchstimmung und Energie, die damals herrschten. Man wollte gesellschaftliche Veränderungen, übte Regierungskritik. Es ging um soziale Gerechtigkeit. Andere Wege, die nicht nur der Marktlogik folgten, sollten beschritten werden. Besonders unzufriedene Sozialdemokraten und Gewerkschafter hatten eine neue politische Heimat gefunden.

Kay nahm dann 2007 als Delegierter am Landesparteitag in Hessen teil, der dann die Vereinigung der WASG mit der PDS zur LINKEN beschloss. Es war ein schwieriger Prozess gewesen, erinnert sich Kay. Besonders hebt er dabei die Verdienste unter anderem von Janine Wissler, der heutigen Parteivorsitzenden der LINKEN, im Vereinigungsprozess hervor, die er bereits während seines Studiums in Hessen kennengelernt hatte. Als eigentlichen Beginn seiner parlamentarischen Arbeit 2010 bezeichnet Kay seine Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Linksfraktion im Hessischen Landtag in Wiesbaden. Seine Arbeitsschwerpunkte waren die Kommunal- und Wohnungspolitik. Seit

2018 wohnen Kay und seine Frau in Berlin. Kay wurde Büroleiter der aus Bayern stammenden Bundestagsabgeordneten Nicole Gohlke und ab Oktober 2020 bei Jörg Cezanne, der dann bei der letzten Bundestagswahl am 26. September 2021 den Wiedereinzug ins Parlament verpasste.

Kay ist sehr froh darüber, dass er nun in Lichtenberg seine Erfahrungen in die Fraktion einbringen kann. Er sieht seine Arbeit als Schnittstelle zwischen dem Fraktionsbüro und der BVV. Ein besonderes Faible besitzt er für Zahlen. Die nicht einfache ordnungsgemäße Abrechnung der Fraktionsfinanzen ist bei ihm in guten Händen. Gelernt hat er den Umgang mit Finanzen als Schatzmeister von 2012 bis 2018 des Kommunalpolitischen Forums in Hessen.

Kay ist nicht nur im Fraktionsbüro anzutreffen. Als Mitglied des Ortsverbandes Friedrichsfelde-Süd unterstützt er unsere Abgeordnete im Abgeordnetenhaus Hendrikje Klein an Infoständen und verteilt regelmäßig die Infolinks. Entspannung findet Kay beim Musikhören, er liebt Hörbücher und gute Fernsehserien. Hin und wieder ist er auch als Zuschauer beim Fußball von SV Lichtenberg 47 oder SV Sparta Lichtenberg 1911 e. V. anzutreffen, dessen Fördermitglied er ist.

DANIELA FUCHS

## WANN UND WO

- **15. Dezember, 17 Uhr**  
Bezirksverordnetenversammlung,  
Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36.  
Die Tagung wird auch im Live-  
Stream übertragen: <http://video-tron.de/lichtenberg/>

## KULTURTIPP

### Deborah Feldman **Unorthodox**

Eine autobiographische Erzählung

Deborah Feldman wurde 1986 in New York geboren und wuchs in der ultra-orthodoxen chassidischen Satmar-Gemeinde im Stadtteil Williamsburg in Brooklyn auf. Ihre Muttersprache ist Jiddisch. Es ist eine abgeschlossene Welt, in der sie erzogen wird. Deborah, ein lebhaftes, wissbegieriges Kind, muss sich den strengen Regeln der Gemeinde unterwerfen. Ihre Zukunft ist klar vorgezeichnet. Von den Frauen wird vor allem eines verlangt, Kinder zu gebären. Kaum erwachsen, wird sie zwangsverheiratet. Auch für den ehelichen Verkehr gibt es Gesetze, die nur ein ungläubiges Kopfschütteln hervorrufen. Deborah gelingt es jedoch, mit viel Mut und Entschlossenheit mit ihrem Sohn zu fliehen und sich in Berlin ein neues Leben als Schriftstellerin aufzubauen. Die spannende Geschichte wurde unter der Regie von Maria Schrader auch verfilmt und ist auf Netflix zu sehen.

DANIELA FUCHS

- btb Verlag, München 2017

## IMPRESSUM



### Herausgeber:

DIE LINKE in der BVV Lichtenberg  
V.i.S.d.P. Norman Wolf, Tatjana Behrend

### Adresse der Redaktion:

Möllendorffstraße 6, 10367 Berlin

**E-Mail:** [fraktion@die-linke-lichtenberg.de](mailto:fraktion@die-linke-lichtenberg.de)

**Web:** [www.linksfraktion-lichtenberg.de](http://www.linksfraktion-lichtenberg.de)

**Telefon:** (030) 90 296 31 20

**Fax:** (030) 55 92 307

### Redaktionsschluss:

21. November 2022

**Gestaltung:** Uta Tietze

**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH



# Wahlkampfunterstützung: Es kommt auf jede und jeden an!



Linie in Gestalt von Andreas Geisel die Möglichkeit, mit Herz und Hand für die gute Sache zu streiten und DIE LINKE im Wahlkampf zu unterstützen.

Die Wahl des Abgeordnetenhauses sowie der BVV muss wiederholt werden. Uns steht ein kalter und dunkler Wahlkampf bevor, um die Berlinerinnen und Berliner von der sozialen Alternative zu überzeugen. Es wird keine einfache Aufgabe, aber jeder von uns kann einen kleinen Teil dazu beitragen. Wenn auch du Interesse hast, soziale Ideen auf der Straße, an Infoständen oder an Haustüren zu vertreten, wenn du einen Führerschein hast und unbedingt schon mal Wahlplakate aufhängen wolltest, dann melde dich gern unter [mitmachen@die-linke-lichtenberg.de](mailto:mitmachen@die-linke-lichtenberg.de). Neben neuen Leuten lernst du auch „die Politik“ ganz persönlich kennen, und wir kommen bei Limo oder Bier nach getaner Arbeit ins Quatschen. Melde dich, wir freuen uns auf dich!

TONI KRAUS

Miete – teuer. Essen – teuer. Heizung – teuer. Da muss sich doch was ändern! Hast du auch keine Lust mehr auf diskriminierende und unsoziale Poli-

tik von oben, auf CDU-Polemik gegen Sozialleistungen und das Credo „Der Markt regelt das“? Dann hast du dank des Versagens der SPD auf ganzer

# Ungerechte Wahlwiederholung

Wie erwartet hat der Berliner Verfassungsgerichtshof vollständige Wiederholungswahlen für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen angeordnet. Das Gericht hat mit seinem Urteil die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes zur Korrektur von Wahlfehlern verlassen und damit juristisches Neuland betreten. Aufgrund der mangelhaften Wahlvorbereitung und einer nur vermuteten hohen Dunkelziffer



von Fehlern muss die Wahl vollständig wiederholt werden.

Allerdings war das Ergebnis nicht einstimmig, sondern ist mit 7:2 Stimmen ergangen. Das Minderheitsvotum der Richterin Prof. Dr. Lembke ist dabei in seiner Kritik an der Plenumsmehrheit deutlich: „Es ist zu befürchten, dass durch dieses Vorgehen entgegen den erklärten Absichten der Plenumsmehrheit das Vertrauen in die Demokratie nicht gestärkt, sondern eher sich ausbreitenden Ressentiments und Niedergangserzählungen gegenüber demokratischen Institutionen und Verfahren der Boden bereitet wird. Vor allem aber überschreitet ein solches Vorgehen die dem Verfassungsgerichtshof im Wahlprüfungsverfahren von Verfassungen wegen gezogenen Grenzen.“

Warum ist diese Kritik so deutlich? Das Gericht selbst konnte nur für maximal 30.000 Stimmgaben überhaupt potenziell mandatsrelevante Fehler ausmachen, während 1,8 Millionen Stimmen ohne nachweisliche Fehler abgegeben wurden. Nach den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes dürfte die Wiederholung nur für diese 30.000 fehlerhaften Stimmen und die entsprechenden Wahllokale bzw. Wahlkreise angeordnet werden. Stattdessen werden die 1,8 Millionen Stimmen durch die vollständige Wiederholung annulliert, darunter 47 Prozent durch Briefwahl abgegebene Stimmen bei der höchsten Wahlbeteiligung seit 1990. Ja, Fehler müssen korrigiert werden. Die Demokratie darf dabei aber nicht auf der Strecke bleiben.

SEBASTIAN SCHLÜSSELBURG

# Wahlchaos verhindern!

Herr Geisel hat uns vor der Welt bis auf die Knochen blamiert. Der ehemalige Innensenator muss die politische Verantwortung für das Wahldesaster im vergangenen Herbst übernehmen. Leider hat er bis heute keine Konsequenzen aus seinem Versagen gezogen. Er ist immer noch Senator und tut so, als ob er mit den desaströsen Wahlen nichts zu tun hätte. Ich verstehe die Regierende Bürgermeisterin nicht. Sie muss Herrn Geisel sofort entlassen. Was muss eigentlich noch passieren, damit der Senator seinen Hut nehmen muss?

Für die Wiederholungswahl tragen wir als Berlinerinnen und Berliner alle eine politische Verantwortung. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um unsere Demokratie. In Ostdeutschland vertrauen nur noch 37 Prozent der Demokratie. Dafür gibt es viele Ursachen, aber sicherlich ist auch das Wahlchaos im vergangenen Jahr in Berlin eine Ursache.

So etwas darf nicht noch einmal passieren. Dafür setzt sich unsere Partei ein. Ich möchte die Leserinnen und Leser unserer Zeitung bitten, sich als Wahlhelfer und Wahlhelferin

zu melden. So können wir alle einen Beitrag für eine funktionierende Demokratie leisten.

In Berlin werden dringend Wahlhelferinnen und Wahlhelfer für die Wiederholungswahl gesucht. Der Senat hat sogar das Erfrischungsgeld

einmalig auf bis zu 240 Euro erhöht. Interessierte können sich bei den Bezirkswahlämtern oder auf der Webseite des Landeswahlleiters für Berlin als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer melden.

GESINE LÖTZSCH



**Wahlkampf 2021.** Ich habe auf meinem Plakat gefragt, wer die Rechnung bezahlt. Herr Lindner meinte: „Wie es ist, darf es nicht bleiben.“ Es ist für viele Menschen schlechter geworden.



## Innenhof in der Barther Straße sichern!

Seit Jahren beschäftigt die geplante Innenhofbebauung in der Barther Straße die Nachbarschaft und Politik in Neu-Hohenschönhausen. Als Be-

zirksverband DIE LINKE. Lichtenberg setzen wir uns von Anfang an für den Erhalt des grünen Innenhofs ein.

Aktuell halten sowohl die HOWOGE

als auch die SPD-geführte Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen an dem Projekt fest und planen den Bau dreier Hochhäuser. Allerdings gehört ein Teil der Fläche dem Bezirk, weshalb ohne dessen Zustimmung auf dieser Fläche nicht gebaut werden kann. Für die HOWOGE wären deshalb nur zwei der drei geplanten Hochhäuser realisierbar. Über die Senatskommission Wohnungsbau wird versucht, den Bezirk zu einer Abtretung der ihm gehörenden Fläche zu bewegen. An den Verhandlungen nimmt auch unser Lichtenberger Bürgermeister, Michael Grunzt, teil. Er hat in den ersten Gesprächen klargemacht, dass er nicht gewillt ist, die dem Bezirk gehörenden Flächen abzutreten. Generell wird die Innenhofbebauung abgelehnt.

Als Bezirksverband unterstützen wir ausdrücklich die Haltung unseres Bürgermeisters, den grünen Innenhof in der Barther Straße zu erhalten. Sowohl die HOWOGE als auch die Senatsverwaltung dürfen sich nicht über die Interessen des Bezirkes und der Menschen vor Ort hinwegsetzen. Vielmehr muss es beim verabredeten Bebauungsplanverfahren bleiben – die grünen Innenhöfe müssen grün bleiben!

ROBERT SCHNEIDER



## Eine neue Schule im Rosenfelder Ring

Wo sich aktuell der Stadtteilpark befindet, sollen künftig Kinder wieder fürs Leben lernen. Bis 2001 gab es hier bereits eine Schule. Sinkende Kinderzahlen führten jedoch zur Schließung und zum Abriss. Heute wächst Berlin wieder. Es braucht Schulplätze, soziale Infrastruktur, aber auch Freizeitflächen. Die neue Schule ist finanziell über das Land abgesichert, und die Planungen sind gestartet. Jüngst fand das Partizipationsverfahren dazu statt. Diskutiert

### Partizipationsworkshop in der Schule

wurde mit Vertreter:innen der zuständigen Senatsverwaltung, des Bezirksamtes, der HOWOGE, des Bezirksselternausschusses, Bezirksschulbeirats und Bezirksschüler:innenausschusses, was bei dem Neubau Berücksichtigung finden soll.

Zunächst wurde der aktuelle Planungsstand der dreizügigen Holzcompartment-Grundschule und der Sporthalle vorgestellt. Die Teilnehmenden diskutierten über Freiflächen- und Sportflächengestaltung, eine mögliche Mehrfachnutzung, über die Grundstückerschließung und Schulwegsicherheit. Eines der zentralen Themen ist die Öffnung des Schulhofes. Es ist vorstellbar, Teilbereiche für eine Mehrfachnutzung abzutrennen. Das wünschten sich alle der anwesenden bezirklichen Vertreter:innen. Dies bedeutet aber auch, es müssen noch Fragen beantwortet werden: Wie können der Zutritt geregelt und die Sicherheit gewährleistet werden, ohne dass der Schulbetrieb eingeschränkt wird? Besonders wichtig ist auch die Schulwegsicherheit. Es braucht ein Verkehrskonzept, wie Kinder sicher zu Fuß und mit dem Rad zur Schule kommen. Einigkeit besteht darin, den Baumbestand und die Grünflächen möglichst zu erhalten. Eine gelungene Veranstaltung mit vielen spannenden Ideen. Die Ergebnisse werden nun leitend bei der Ausschreibung sein.

CLAUDIA ENGELMANN

## Die Rote Tafel – DIE LINKE hilft!

Über 960 Tafeln mit 60.000 Tafel-Aktiven gibt es bundesweit. Allein in Berlin gibt es über 50 Ausgabestellen. Sie versorgen rund 70.000 Menschen mit Lebensmitteln. Seit Beginn des Ukrainekrieges hat sich die Nachfrage verdoppelt.

Die Tafel ist mit der Situation überfordert. Es fehlen Zwischen-, Kühl- und Tiefkühlager. Es gibt nicht ausreichend Fahrzeuge zum Transport der Lebensmittel. Die Vereinsvorsitzende der Berliner Tafel Sabine Werth benennt die größten Posten: Miete, Nebenkosten, Strom und Kraftstoff. Der Musiker Herbert Grönemeyer will für einen Monat die Betriebs-Unterhaltskosten der Berliner Tafel übernehmen. DIE LINKE versucht mit der Roten Tafel zu helfen. Die Bratwürste vom Grill werden dankend angenommen und in vielen Gesprächen wird deutlich, wie viele soziale Probleme ungelöst sind.

Wir wissen, dass weder die Tafel noch die Rote Tafel diese Probleme lösen kann. Es darf nicht sein, dass

einer der reichsten Staaten der Welt nicht in der Lage ist, die Menschen so sozial abzusichern, dass sie nicht auf Almosen angewiesen sind. Auch mit 50 Euro mehr Hartz IV oder Bürgergeld, werden viele Menschen nicht genug Geld haben, um sich ausrei-

chend zu ernähren. Mit der Roten Tafel wollen wir konkret helfen, aber uns auch über die Probleme der Menschen informieren. Wer bei der Roten Tafel mitmachen will, der kann sich an die Redaktion der „info links“ wenden.

KLAUS SINGER



Die Rote Tafel vor dem Lindencenter am 19. November. Nach 90 Minuten waren wir trotz Kaffee und Bratwürsten durchgefroren.



# Politischer Frühschoppen in Karlshorst



**Gerry Woop (links)**, Staatssekretär für Europa, diskutierte mit den Besuchern beim Politischen Frühschoppen.

Schulbauoffensive, kostenlose Kita, 29-Euro-Ticket, Rekommunalisierung der Daseinsvorsorge – die Liste der Erfolge linker Politik für Berlin ist lang. Aber was heißt das schon angesichts der neuen und alten Problemlagen mit Energie(preis)krise, Ukrainekrieg, Klimakatastrophe und Schieflage des Mietmarkts? Staatssekretär für Europa und zugleich der politische Koordinator für den LINKEN-Koalitionsteil Gerry Woop diskutierte am 20. November 2022 um

10 Uhr im „Politischen Frühschoppen“ in der Havanna Bar mit den zahlreich erschienenen Interessenten über die akuten Herausforderungen für eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierten Landespolitik. Vor der winterlichen Kulisse im frisch verschneiten Karlshorst stellte Gerry Woop zunächst das bereits Erreichte dar, das unter den Bedingungen eines rot-grün-roten Bündnisses in Berlin möglich gewesen ist. Einerseits wurde im Vergleich mit der Ampel-Regierung

auf Bundesebene deutlich, wo eine Senatsbeteiligung der LINKEN einen progressiven Unterschied ausmacht. Andererseits wurden die Grenzen des politischen Handelns erkennbar, die sich aus der Beteiligung als fraktionsmäßig kleinstem Koalitionspartner herleiten. Stichwort: Verschleppung der Umsetzung des Volksentscheides „Deutsche Wohnung & Co. enteignen“ durch Koalitionspartner.

Die anschließende, sehr lebhaft geführte Diskussion zu den anstehenden Herausforderungen berührte sowohl viele „Karlshorst-Themen“, wie die Bebauungspläne zum Ilsekiez und zur Trabrennbahn, als auch zahlreiche Landesthemen, wie etwa die Unterbringung von Geflüchteten, die Verkehrswende oder den Plan einer klimaneutralen Stadt Berlin 2030.

Vor allem aber führte die Debatte vor Augen, wie wichtig es ist, mit den Menschen zu politischen Themen und Zusammenhängen ins Gespräch zu kommen. Der nächste „Politische Frühschoppen“ ist für den 22. Januar 2023 geplant.

Es gibt viel zu diskutieren.

HANS KROMREY

## 30 Jahre Staatliche Europa-Schule Berlin

Zum Schuljahr 1992/93 begann in Berlin ein neues Schulprojekt, das es so in Deutschland noch nicht gab und bis heute nicht flächendeckend im Bundesgebiet angeboten wird. Als erste Sprachkombinationen gingen Deutsch/Englisch, Deutsch/Französisch und Deutsch/Russisch an den Start. Später kamen noch andere Sprachen dazu. Derzeit gibt es in Berlin neun Sprachkombinationen an 18 Grundschulen – darunter die Lew-Tolstoi-Schule in Karlshorst – und an 15 weiterführenden Schulen. Die Schülerinnen und Schüler wachsen von der Grundschule bis zum Abitur zweisprachig auf. Es wird aber nicht nur die Sprache des jeweiligen Partnerlandes vermittelt, sondern sie lernen auch die Kultur der jeweiligen Partnersprache kennen. Dazu tragen maßgeblich die Lehrenden und Lernenden Nativ-Speaker in den Klassen bei.

Alle Kinder, deren Eltern es wünschen, können die Staatliche Europa-Schule Berlin (SESB) kostenlos besuchen. Dies soll mit dazu beitragen, dass diese keine „Eliteschule“ ist,

sondern eine Schule sonderpädagogischer Prägung. Sie trägt zur Zukunft eines friedlichen Europas in Ost und West bei. Die SESB hat sich inzwischen



**Die Direktorin der Lew-Tolstoi-Grundschule Frau Hartmann** (l.) feiert mit ihren Schüler:innen das 30-jährige Jubiläum der Europaschule.

fest in der Schullandschaft von Berlin etabliert. Viele Schülerinnen und Schüler haben die Schulen mit dem zweisprachigen Abitur in der Tasche verlassen, um im Anschluss ein Studium oder eine Berufsausbildung in Deutschland oder in einem Partnerland Europas aufzunehmen.

Viele Probleme, die es am Anfang gab, sind im Laufe der Jahre gelöst worden. Aber es gibt auch weiterhin einiges zu tun. Ein Dauerbrenner: Bis heute sind die Anmeldezahlen in den Schulen immer noch höher als die verfügbaren Platz-Kapazitäten. Deshalb entscheidet bei einigen Sprachkombinationen das Los über die Aufnahme in die Schule. Hilfreich: Durch den neuen Anbau in der Lew-Tolstoi-Schule können jetzt mehr Schülerinnen und Schüler aufgenommen werden. Doch damit nicht genug: Das Nachbargrundstück der Lew-Tolstoi-Schule wäre ein idealer Standort, um eine weitere Grundschule zu errichten und damit einen echten Schulcampus zu schaffen.

INGEBORG GÖRSDORF

## MIT RAT & TAT

### TERMINE

- **3.12., 15 Uhr**  
„Linker Weihnachtsmarkt“ auf dem Johannes-Fest-Platz
- **3.12., 15:30 Uhr**  
Weihnachtstreffen im Kiezgarten Münsterlandplatz mit Hendrikje Klein
- **3.12., 19 Uhr**  
LiA Weihnachtsfeier im Big Bowl, Bornitzstraße
- **5.12., 17:15 Uhr**  
Wahlkreis aktiv – Wissen, was läuft im Casa del Popolo
- **5.12., 19 Uhr**  
Bezirksvorstand, Geschäftsstelle, Alfred-Kowalke-Straße 14
- **9.12., 15 Uhr**  
Weihnachtsstammtisch Friedrichsfelde Ost, A.-Kowalke-Str. 14
- **9.12., 16 Uhr**  
Weihnachtssingen in „Gute Stube“, Anton-Saefkow-Platz 4
- **14.12., ab 18 Uhr**  
Veranstaltung der Ortsverbände in Hohenschönhausen, Ribnitzer Straße 1b, mit Janine Wissler
- **23.12., 16 Uhr**  
Rote Tafel am Bahnhof Lichtenberg, Ausgang Weitlingstraße

### SPRECHSTUNDEN

- **Ines Schmidt, MdA, WK 1**  
7.12., 12 – 15 Uhr, Wahlkreisbüro Demminer Straße 4, Fon 01573 434 8586 oder dirk.walls@wk.linksfraktion-berlin.de
- **Claudia Engemann, MdA, WK 3**  
5.12., 15 – 16 Uhr, „Gute Stube“, Anton-Saefkow-Platz 4, Fon 285 084 07 oder team@claudia-engemann.berlin
- **Sebastian Schlüsselburg, MdA, WK 4**  
Casa del Popolo, Buggenhagenstraße 19, schlueselburg.wkb@linksfraktion.berlin oder Fon 285 065 24
- **Hendrikje Klein, MdA, WK 5**  
5.12., 18 – 19 Uhr, Wahlkreisbüro Alfred-Kowalke-Straße 14, Fon 985 653 62 oder team@hendrikjeklein.de

### Beratungsangebote

- **Bürgerhilfe – Recht, Soziales, Miete** nach Vereinbarung Ralf Schultheiß Fon 992 707 25
- **Jeden 1. Montag im Monat Rechtsberatung** nach Vereinbarung Antonio Leonhardt, Kowalke Str. 14, team@hendrikjeklein.de
- **Rechtsberatung jeden 4. Mittwoch** im Monat nach Vereinbarung, „Gute Stube“, Anton-Saefkow-Platz 4, Anmeldung: team@claudia-engemann.berlin



# Spur meinungsbildender Fragen

Wer wie ich gewohnt ist, politische Tagesereignisse in ihnen zugrundeliegende Strukturen bzw. geschichtliche Abläufe einzuordnen, kann in dieser Zeit regelrecht verzweifeln. Dichte und Fülle von Informationen und Emotionen noch irgendwie aufzunehmen, geschweige denn aushaltbar zu erfassen oder gar seriös weiterzugeben – ist in dieser multiplen Krisenzeit fast unlösbar geworden.

Den generationenübergreifenden Stoßseufzer Mark Twains aufnehmend, dass „keine Zeitung Lesende uninformatiert, Zeitunglesende dagegen desinformatiert“ lässt, begegnet Daniela Dahn in ihrer – aktueller geht es nicht – Publikation des Rowohlt Taschenbuchverlags auf 220 Seiten absolut überzeugend. Mit Texten aus den letzten Jahren und jüngsten Monaten, die freilich in Mainstream-Medien selten vorkamen, zieht sie eine deutlich meinungsbildende Spur durch Krieg und Frieden heute in Europa



und anderswo auf der Welt: „Nur der Frieden kann gewonnen werden“. Untertitel und Botschaft zugleich. Dem müssten eigentlich selbst die Sieger des Kalten Krieges von 1946

bis 1989 folgen können, wenn sie denn wollten. Bereits im November 2020 schrieb Daniela Dahn: „Dankbar bin ich bis heute ... für die Anstrengungen in der Antihitlerkoalition, ... doch gleich danach galt die Losung: Kapitalismus first“. Und als Beobachterin der Münchner Sicherheitskonferenz 2017 machte sie öffentlich, wie der neue US-amerikanische Verteidigungsminister James N. Mattis „die verstärkte Vorwärtspräsenz“ der NATO als „Bewahrung unseres Lebensstils“ feierte. Ungültig gemacht sind dagegen die Verträge deutscher „Anstifter“ europäischer Verständigung wie Egon Bahr, der spätestens 2015 wusste: „Wer sich mit Russland einlässt, kann die Berührung mit Tragik nicht vermeiden“.

Ein Lektüre meinungsbildender Fragen zur Zeit. JOACHIM PAMPEL

■ Daniela Dahn „Im Krieg verlieren auch die Sieger“, rororo 2022

## Fotorätsel



Sie können in diesem Jahr wieder eine von drei Jahreskarten für den Tierpark Berlin gewinnen und den Roten Panda aus der Nähe betrachten. Dazu müssen Sie nur folgende Frage richtig beantworten.

**Was isst der Rote Panda besonders gern?**

- A) Bambus
- B) Schnecken
- C) Ameisen

**Bitte senden Sie die richtige Antwort bis zum 31. Januar 2023** per Mail an [gesine.loetzsch@bundestag.de](mailto:gesine.loetzsch@bundestag.de) oder per Post an Deutscher Bundestag, Dr. Gesine Löttsch (MdB), Platz der Republik 1, 11011 Berlin.

**Die Auflösung des Novemberrätsels:** Der idyllische Ort ist die Rummelsburger Bucht.

Geschäftsstelle  
DIE LINKE. Lichtenberg, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin  
**Öffnungszeiten:**

- Dienstag 12 – 17 Uhr
- Mittwoch 12 – 17 Uhr
- Donnerstag 12 – 17 Uhr
- Freitag 12 – 17 Uhr

Jeden letzten Mittwoch im Monat bleibt die Geschäftsstelle geschlossen. **Am 9.12. und vom 27.12.2022 – 6.1.2023 bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.**  
Telefon 512 20 47  
[info@die-linke-lichtenberg.de](mailto:info@die-linke-lichtenberg.de)

**info links** wird herausgegeben von:  
DIE LINKE, Landesvorstand Berlin  
**Redaktionsadresse:**  
Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE  
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin  
**Fon:** (030) 512 20 47  
**Fax:** (030) 516 592 42  
**Mail:** [info@die-linke-lichtenberg.de](mailto:info@die-linke-lichtenberg.de)  
**Web:** [www.die-linke-lichtenberg.de](http://www.die-linke-lichtenberg.de)  
**V.i.S.d.P.:** Gesine Löttsch

**Redaktionsschluss:**  
Ausgabe Dezember, 21. November 2022  
Die nächste Ausgabe erscheint am 5. Januar 2023.

**Druck:** BVZ Berliner Zeitungsdruck

**Die info links kann man auch online abonnieren:** Interessent\*innen melden sich bitte in der Geschäftsstelle.  
**Die info links wird durch Spenden finanziert.**

**Spendenkonto:**  
DIE LINKE. LV Berlin / Lichtenberg  
IBAN: DE 5910 0708 4805 2560 7803  
BIC: DE UT DE DB 110  
**Bitte immer Verwendungszweck angeben:**  
810-503, info links, Ihr Name, Vorname

## AUSSTELLUNG

- **Freitag, 16.12., 18 Uhr** Eröffnung Internationale CGB-MiniPrint 2022, Ausstellung kleiner Druckgrafiken von 300 Künstlern aus aller Welt, STUDIO BILDENDE KUNST, John-Sieg-Straße 13, [www.kulturring.berlin.de](http://www.kulturring.berlin.de)
- **Fr 16.12. und 13.1.2023, 19 Uhr** Jardim, Personalausstellung der Bildhauerin Ilka Raupach ([www.ilkaraupach.de](http://www.ilkaraupach.de)), Vernissage, Kulturhaus Karlshorst, Galerie, Treskowallee 112
- **bis Sonntag, 18.12., 18 Uhr** Matthias Glubig, Bilder & Bücher Zeitzeichen aus fünfzig Jahren Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, Tel. 971 11 03

## VORTRAG

- **Montag, 12.12., 18 Uhr** ExpertenRat / Patientenverfugung, Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 13, Tel. 902 96 37 73

## LESUNGEN & MUSIK

- **Dienstag, 6.12., 19.30 Uhr** Zu Gast Franziska Troegner: Zwischen Frühstück, Gänsebraten und Gastritis; Egon-Erwin-Kisch-Bibliothek, Frankfurter Allee 149, Tel. 555 67 19
- **Freitag, 9.12., 19 Uhr** Das Wintermärchen, Elisabeth Richter-Kubbutat liest Franz Fühmann, Anna Seghers-Bibliothek, Prerower Platz 2, Tel. 92 79 64 10

## KONZERT

- **Donnerstag, 8.12., 18.30 Uhr** Weihnachtskonzert Julie Wolf, Gesang, Daniel Stawinski, Piano & Jonathan Bleiberg, Trompete, Flügelhorn, Anton-Saefkow-Bibliothek, Anton-Saefkow-Platz 13, Tel. 902 96 37 73
- **Freitag, 16.12., 19.30 Uhr** Carlshorster Musikbühne; Spanien-Zambomba-Navidad Flamenca, Kulturhaus Karlshorst, Eintritt 24 € (ermäßigt mit Berlin-Pass 3 €), Anmeldungen nur über [studio@kulturring.berlin.de](mailto:studio@kulturring.berlin.de) oder Tel. 553 22 76

## KINO

- **Donnerstag, 15.12., 19.30 Uhr** Der verflimmerte Donnerstag, Ist das Leben nicht schön?, Regie: Frank Capra USA 1946, Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112, Tel. 475 94 06 10, Eintritt: 6 €